

Basel : Anreizmodell zeigt Wirkung

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **100 (2003)**

Heft 11

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840868>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Basel: Anreizmodell zeigt Wirkung

Der Kanton Basel-Stadt hat am 1. Januar 2002 ein Pilotprojekt gestartet. Arbeit soll sich lohnen. Eine erste Beurteilung zeigt, dass der Systemwechsel bessere Anreize schafft.

Nach dem Modell in Basel soll sich Arbeit lohnen. Wer arbeitet, kann neu ein Drittel des Einkommens behalten. Im Gegenzug werden die Zahlungen für erwerbsfähige nicht erwerbstätige Sozialhilfebezüger leicht gekürzt. Als Kompensation stehen arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern Angebote zur Verbesserung der beruflichen Integration zur Verfügung. Neu versteuern erwerbstätige Sozialhilfebezüger ihr Einkommen.

Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe definieren die Ansätze der Sozialhilfe. Unter diesem System müssen erwerbstätige Sozialhilfebezüger ihr Einkommen mit der Hilfe verrechnen. Dies bedeutet, dass eine bedürftige Person gleich viel verfügbares Einkommen hat, ob sie einer bezahlten Arbeit nachgeht oder nicht. Die Richtlinien sehen einen maximalen Betrag von 250 Franken als Anreiz vor.

Das neue Modell stützt sich auf einen Artikel der Skos-Richtlinien. Dieser sieht unter bestimmten Bedingungen Versuche mit neuen Unterstützungsmodellen vor. Dazu gehört die Evaluation der Modelle. Die Sozialhilfe der Stadt Basel hat dafür das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt und Professor Michael Gerfin vom Volkswirtschaftlichen Institut der Universität Bern beauftragt. Die Untersuchung Sozialhilfe beschränkt sich auf die erwerbsfähigen Bezüger, die vom Modell betroffen sind. Sie machen

75 Prozent aller Sozialhilfebezüger aus. Der Anteil der Erwerbstätigen an dieser Gruppe beträgt 25 Prozent. Im April 2003 haben sie im Schnitt 1500 Franken im Monat verdient.

Die wichtigen Ergebnisse:

- Auf die *Erwerbsquote* der Betroffenen konnte kein Effekt nachgewiesen werden. Bei gleichbleibenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wäre eine höhere Erwerbsquote zu erwarten gewesen. Die Wirtschaftslage hat sich aber nach der Einführung des Anreizmodells dramatisch verschlechtert.
- Das durchschnittliche *Einkommen* der von der Sozialhilfe unterstützten erwerbstätigen Personen ist ab Dezember 2002 um etwa 300 Franken gestiegen. Dies zeigt, dass die Bezüger/innen auf Anreize reagieren.
- Die durchschnittlichen *Zahlungen* der Sozialhilfe an die Bezüger/innen sind nach Einführung des Anreizmodells um rund 100 Franken pro Monat gesunken.

Die Ergebnisse sind ermutigend. Das neue Modell ist jedoch relativ kompliziert, weil es dynamisch ausgestaltet ist und die Wechselwirkung zwischen Erwerbseinkommen und Steuerbelastung berücksichtigt. Es braucht für die Umsetzung einen grossen Aufwand und ist für die Beteiligten nicht leicht zu erfassen. Es muss deutlich hervorgehoben werden, dass ein Anreizsystem nicht einseitig als Sparmassnahme für die öffentlichen Haushalte angelegt werden darf.

Pd/cefa

Schlussbericht erscheint im März 2004.